

Region Hannover soll sicherer Hafen der Zuflucht werden

Die Region Hannover muss Menschen in Seenot aufnehmen: Signal für Humanität, für das Grundrecht auf Asyl und für die Integration Geflüchteter setzen!

An

**die Regionsversammlung der Region Hannover,
den Präsidenten der Region Hannover,
den Rat der Landeshauptstadt Hannover,
den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover,
die Räte und Bürgermeister*innen aller Kommunen in der Region Hannover,**

Seit Anfang 2018 sind über 1.500 Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken, viele Tausende in den vergangenen Jahren, täglich kommen weitere hinzu. Staatliche Seenotrettung ist schon lange unzureichend, jetzt wird in den EU-Ländern am Mittelmeer – auch mit Duldung der Bundesregierung – die zivile Rettung massiv behindert. EU-Regierungen schicken traumatisierte Geflüchtete zurück in die Gewalt und Willkür nordafrikanischer Lager oder lassen sie auf den letzten verbleibenden zivilen Rettungsschiffen durch das Mittelmeer irren.

Wir protestieren gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung und fordern sichere Fluchtwege nach Europa. Flüchtlinge dem Sterben auszuliefern, ist ein Verbrechen. Für uns darf die Rettung von Menschenleben nicht zu einem Spielball politischer Entscheidungen werden. Sie darf nicht abhängig gemacht werden von Hautfarbe oder Herkunft eines Menschen.

In dieser dramatischen Situation entscheiden sich immer mehr europäische Städte, zu „sicheren Häfen der Zuflucht“ zu werden, z.B. Berlin, Barcelona, Palermo und Valencia. Jetzt haben die Oberbürgermeisterin von Köln und die Oberbürgermeister von Düsseldorf und Bonn in einem gemeinsamen Brief an die Bundeskanzlerin angeboten, in Not geratene Geflüchtete zusätzlich aufzunehmen, weil ihre Städte dazu in der Lage seien. Sie stellen sich damit ausdrücklich „gegen die vermeintlich herrschende Stimmung, dass Zäune und Mauern statt eines gerechten europäischen Verteilungssystems die Not der Geflüchteten lösen könnten“. Begrüßt wurde diese Initiative unter anderem durch den Deutschen Städte- und Gemeindebund und Kirchenvertreter. Weitere Städte, aktuell z.B. Potsdam, Regensburg und Solingen, schließen sich an.

Die Region Hannover und Städte und Gemeinden haben seit Jahren große Anstrengungen zur Aufnahme und Integration Geflüchteter unternommen und so bewiesen, dass Weltoffenheit bei uns Groß geschrieben wird. Auch hier gibt es ausreichende Aufnahmekapazitäten und viel Erfahrung und Bereitschaft, sowohl in den Verwaltungen als auch in der Zivilgesellschaft. Es gibt eine lebendige Selbstorganisation Geflüchteter und eine starke zivilgesellschaftliche Unterstützung. Auch die Landeshauptstadt und die Städte und Gemeinden in der Region Hannover können sehr gut Menschen aufnehmen, die auf ihrer Flucht im Mittelmeer in Not geraten.

Wir fordern die Regionsversammlung und den Regionspräsidenten, den Rat und den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, sowie die Räte und die Bürgermeister*innen der Umlandkommunen auf, sich der Initiative der Rheinstädte anzuschließen:

Bieten Sie an, dass die Region Hannover Geflüchtete, die im Mittelmeer in Not geraten, jetzt zusätzlich aufnimmt.

Setzen Sie damit ein Signal für Humanität, für das Grundrecht auf Asyl und für die Integration Geflüchteter!

Antragsteller*in: Regionsvorstand